

Kranichplatz vor dem Aus für's Gerätehaus

MAMMOLSHAIN Fachausschuss verständigt sich auf Prozedere bei Standortsuche

Dass die Mammolshainer Feuerwehr mehr Platz braucht, klar. Dass der am derzeitigen Standort nicht zu schaffen ist, auch klar. Klar ist auch, dass die Wehr binnen zehn Minuten am Einsatzort sein muss, weil es das Gesetz so vorgibt. Wo das alles unter einen Helm zu bringen ist – auch klar?

Eher nicht, denn die Frage nach dem Standort fürs neue Depot entwickelt sich im Dorf, aber auch in der Politik, momentan zur Mutter aller Fragen.

Immerhin, in einem Punkt kristallisiert sich im politischen Raum eine gewisse Klarheit ab: Der Postkartenblick hinüber nach Kronberg soll nicht mit einem Feuerwehrhaus verbaut werden. Der zunächst vom Rathaus favorisierte „Kranichplatz“ scheint damit schon mal raus. Blieben also nur noch elf theoretisch denkbare Bauplätze.

Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses haben sich darüber am Mittwoch die Köpfe heiß geredet und sich über eine Stunde lang mit zwei nicht einmal sonderlich konkurrierenden Anträgen von CDU und ALK über das Prozedere befasst.

Die beiden Anträge unterscheiden sich im Wesentlichen nur bei der Wahl der zur Projektentwicklung für das neue Gerätehaus hin-

zuzuziehenden Experten. Die CDU wollte dazu ein „qualifiziertes Beratungsunternehmen“ beauftragt wissen, dessen Aufgabe es sein soll, die Standort-Ideen auf Tauglichkeit, insbesondere im Hinblick auf die vom Hessischen Hilfeleistungsgesetz vorgegebenen Zehn-Minuten-Frist zu evaluieren.

Wenn dann klar ist, was geht und was nicht geht, soll die Verwaltung die tatsächlich möglichen Standorte synoptisch mit Vor- und Nachteilen gegenüberstellen, mit den zu erwartenden Schätzkosten hinterlegen und das Ergebnis den politischen Gremien vorlegen.

Die ALK hatte einen anderen Ansatz, jedoch mit derselben Ergebniserwartung: Nicht ein „qualifiziertes Beratungsunternehmen“ wie von der CDU gefordert, soll die Realisierbarkeit unter Berücksichtigung aller für den Gerätehausbau maßgeblichen Kriterien eruieren, sondern die „Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung“ (DGUV), respektive die „Unfallkasse Hessen“ (UKH).

Gleichzeitig solle geprüft werden, ob weitere Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden in die Standortauswahl einzubeziehen sind. Bislang seien die Standort-Ideen nicht aus diesem Blickwin-

kel betrachtet worden, obschon der Versicherungsaspekt dabei ein wichtiges Kriterium sei, meinte die ALK.

Zunächst sträubte sich Bürgermeister Leonhard Helm (CDU) dagegen, die Standortauswahl mit der Versicherung zu besprechen, bevor es überhaupt konkrete Planungen gebe. Natürlich müssten die Überlegungen einer versicherungstechnischen Überprüfung standhalten. Aber doch erst wenn Planungen vorlägen.

Iredi vermittelt gemeinsamen Antrag

An die Überprüfung der Realisierbarkeit der denkbaren Standorte würden selbstverständlich alle wichtigen Kriterien angelegt. Dazu zählten die Größe, die verkehrliche Anbindung, die 10-Minuten-Frist, aber auch die Verfügbarkeit des Grundstücks und die zu erwartenden Kosten.

Das wisse aber auch jeder Fachplaner und das sei auch schon bei einer Befahrung aller Standorte mit der Feuerwehr fachlich erörtert worden.

Helm lenkte dann jedoch ein Stück weit ein. Na ja, Schaden könne es ja nicht, die DGUV oder die UKH schon mal im Vorfeld zu fragen, zumal das mit keinerlei

Kosten verbunden sei. Am Ende war es FDP-Vertreter Ascan Iredi, der den beiden offiziell zumindest noch als Kooperationspartner hinterlegten Fraktionen den Vorschlag machte, aus den getrennt eingebrachten Vorlagen aus einen gemeinsamen Antrag zu schmieden.

Aber gerne doch, hieß es vonseiten der ALK und auch bei der CDU, es war ja auch schon spät geworden. Und schließlich strebe man doch gemeinsam dem gleichen Ziel zu: Einem modernen, leistungsfähigen und allen gesetzlichen, aber auch feuerwehrspezifischen Anforderungen genügenden Gerätehaus.

Nach einer Sitzungsunterbrechung stand dann der Kompromiss: Beschlossen, und das auch noch einstimmig, wurde, die Verwaltung zu beauftragen, die möglichen Standorte unter Berücksichtigung aller relevanten Kriterien vorab von der DGUV beurteilen zu lassen.

Zudem sollen die Kriterien, wie bereits einmal beschlossen, aber noch nicht erfolgt, im politischen Raum als Entscheidungsgrundlage kommuniziert werden. Die Feuerwehr soll ebenfalls in die Beratungen einbezogen und das Ergebnis den Gremien zur weiteren Beratung vorgelegt werden. as